

SACHSEN vorwärts

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES SACHSEN
JANUAR/FEBRUAR 2017



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

dieses Wahljahr 2017 begann für uns mit einem großen Paukenschlag. Sigmar Gabriel tritt als Parteivorsitzender und damit aussichtsreicher SPD-Kanzlerkandidat zurück, um den Weg frei zu machen, für Martin Schulz. Dieser Entscheidung gebührt Respekt, denn er hat seit seinem Antritt als Parteivorsitzender 2009 harte Arbeit geleistet. Doch ein personeller Neuanfang ist gerade in diesen schwierigen Zeiten ein wichtiges Signal für den Wahlkampf. Nach der Trump-Wahl haben viele Menschen sich entschieden, Haltung gegen Populismus zu zeigen. Jetzt wollen sie auch für etwas Flagge zeigen: für Martin Schulz und eine starke SPD.

Der Schulz-Effekt

Unaufhörlich können wir Neumitglieder in unseren Reihen begrüßen. Allein am Wochenende seiner Nominierung sind 36 neue Genossen zu uns gekommen und seit Jahresbeginn haben nun schon über 200 Menschen den Weg zur SPD Sachsen gefunden. Die sächsische SPD wächst, das ist ein starkes Signal für die kommende Bundestagswahl. Mittlerweile stehen auch alle unsere Direktkandidaten für Sachsen fest. Am 11. März wählen wir unsere Landesliste in Nossen. Gute Voraussetzungen also, um in den Wahlkampf zu starten.

Nicht nur Reden, sondern Machen

Einen Erfolg konnte unsere Landtagsfraktion Anfang Februar für sich verbuchen. Nach sechs Monaten langer und harter Verhandlungen haben sie sich mit unserem Koalitionspartner auf ein neues Schulgesetz geeinigt. Ich freue mich, dass es zukünftig an jeder sächsischen Oberschule Schulsozialarbeit geben wird und wir endlich einen großen Schritt für inklusive Schulen tun. Das sind nur zwei Beispiele für ganz konkrete Verbesserungen.

Volle Fahrt in den Wahlkampf

Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und damit für Sozialdemokratie lohnt sich der bevorstehende Wahlkampf. Also Ärmel hochkrepeln und Überzeugungsarbeit leisten. Lasst es uns anpacken!

Eure
Daniela Kolbe

DAS NEUE SCHULGESETZ: MIT SPD-EFFEKT.

Nach sechs Monaten Verhandlungen konnten sich die Landtagsfraktionen der CDU und SPD auf ein neues Schulgesetz einigen. Die bildungspolitische Sprecherin Sabine Friedel der SPD erklärt im SACHSENVorwärts-Interview, was sich durch das Gesetz im sächsischen Schulwesen nun ändert.

Sachsen bekommt ein neues Schulgesetz. Ist es ein SPD-Gesetz?

Also erstmal: Der Landtag muss noch beschließen. Im April steht das Gesetz auf der Tagesordnung. Aber ja: CDU und SPD haben sich geeinigt und damit ist ein Beschluss möglich.

Und ist es ein SPD-Gesetz?

Es ist ein echtes Gemeinschaftswerk. Und trägt die Handschrift von vielen: Die der SPD, die der CDU, vor allem aber die Handschrift vieler Bürgerinnen und Bürger. Das Kultusministerium war ja vor einem guten Jahr mit einem großen Beteiligungsprozess gestartet. Leider hatte es nur wenige Ideen übernommen. Und so hatten wir uns dann zur Aufgabe gemacht, das Demokratieversprechen einzulösen und noch viele Anregungen unterzubringen. Das ist uns gelungen und darauf sind wir ein bisschen stolz.

Was wird sich ändern?

Es kann sich Vieles ändern. Wir haben immer gesagt: Wir wollen ein Ermöglichungsgesetz. Wir wollen, dass die Schulen mehr Freiraum erhalten. Das ist gelungen – in ganz vielen Bereichen: Schulen können ihre eigene Stundentafel gestalten. Sie können auch in höheren Klassen jahrgangsübergreifend unterrichten. Sie müssen die Schüler nicht mehr in Haupt- und Realschulgang trennen. Verschiedene Schularten können miteinander kooperieren. Das und vieles mehr wird möglich. Wenn es die Schule will. Aber keiner wird gezwungen.

Ihr hattet weitere Schulschließungen befürchtet. Wie sieht es damit aus?

Das Problem ist vom Tisch, glücklicherweise. Im Entwurf des Kultusministeriums war das Schulschließungsmoratorium nicht umgesetzt. Wir haben es jetzt eins zu eins ins Gesetz geschrieben. Damit sind einzügige Oberschulen mit 20 Schülern pro Klasse möglich, und auch zweizügige Gymnasien. Und es gab noch ganz versteckte „Effizienzheber“ im Kultusentwurf: Beispielsweise sollten die Gemeinden nicht mehr selbst über ihre Grundschulbezirke bestimmen können. An der Stelle mal ein großes Danke in die Partei! Auf die geplante Verschlechterung beim Schulbezirksparagraphen hat uns zum Beispiel Frank Peuker, unser Bürgermeister von Großschönau, aufmerksam gemacht. Und am neuen Inklusionsparaphen hat unser AfB-Vorsitzender Siegfried Kost einen großen Anteil. Überhaupt: Bei ganz vielen Punkten haben wir wertvolle Hinweise und Unterstützung aus der Partei bekommen. Das hat uns sehr geholfen!

Sag bitte noch etwas mehr zu den inhaltlichen Änderungen.

Ach, es sind so viele. Der CDU-SPD-Änderungsantrag hat fast 40 Seiten. So stark dürfte vorher noch kein Gesetzentwurf verändert worden sein. Wir haben festgeschrieben, dass die Grundschulen zusätzliche Mittel für Inklusion bekommen. Außerdem wird es ab dem Schuljahr 2018/19 an jeder sächsischen Oberschule einen Sozialarbeiter geben. Die Berufsschulnetzplanung wird zentralisiert, damit ein ausgewogenes

Netz erhalten bleibt. Die Mindestschülerzahl für Berufsschulzentren sinkt auf 550 Schüler. Auf unserer Internetseite stellen wir alle Änderungen vor. Und zeigen auch, wie viele Hinweise aus dem Beteiligungsprozess wir übernehmen konnten.

Und das sozialdemokratische Herzensanliegen – die Gemeinschaftsschule? Im Interview vor einem Jahr...

...ja, da habe ich gesagt, dass die Ermöglichung solcher Schulformen vielleicht sogar mit der sächsischen Union möglich sein sollte. Aber da habe ich mich leider geirrt. Hier steht die CDU fest wie ein Saurier vorm Kometeneinschlag :-). Erst im letzten Plenum war das Thema, und die Kollegen von der CDU erklärten: Solange die CDU in Sachsen regiert, solange wird es das dreigliedrige Schulsystem in Sachsen weiterhin geben. Wir müssen derzeit damit leben. Das schöne an der Demokratie ist: Wer stärkste Fraktion ist, bestimmen die Wähler alle fünf Jahre neu. Ich denke, unser Auftrag ist damit klar!

Also haben wir uns der CDU in diesem Punkt geschlagen gegeben?

Wir haben die Meinung der CDU und die Realität des letzten Wahlergebnisses respektiert. Ich kann daran nichts Falsches erkennen. „Nein heißt nein“ gilt eben auch hier. Am Ende der Verhandlungen muss man abwägen: Kein novelliertes Schulgesetz? Oder ein novelliertes Schulgesetz mit guten Inhalten, aber ohne Gemeinschaftsschule? Und dann haben wir abgewogen: Ohne neues Schulgesetz keine Inklusion, kein Rechtsanspruch auf Regelschule, keine zusätzlichen Ressourcen, kein Runterfahren der Diagnostik. Ohne neues Schulgesetz keine Schulsozialarbeit an allen staatlichen Oberschulen, zu 100% finanziert

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung Seite 1:

vom Freistaat. Ohne neues Schulgesetz keine Absicherung der Schulstandorte im ländlichen Raum. Das wäre nicht klug gewesen. Mir geht es beim längeren gemeinsamen Lernen vor allem darum, Vielfalt in einer Schule wieder spürbar zu machen. Kinder erleben zu lassen, dass andere Kinder anders sind. Dass jeder seine Berechtigung hat. Es gibt keinen guten Ersatz für die Gemeinschaftsschule, um das zu erreichen. Aber es gibt kleine funktionale Äquivalente dafür: den jahrgangsübergreifenden Unterricht, die Aufhebung der Trennung zwischen Haupt- und Realschulgang, die Ermöglichung von Doppelstandorten und „Campuslösungen“, so dass Grundschulen, Oberschulen, Förderschulen und Gymnasien in einem Gebäude sein können. All das haben wir ins Gesetz geschrieben. Und zwar – das ist mir wichtig – mit der CDU. Die Verhandlungen waren nicht einfach. Aber es hat sich gelohnt, hart zu diskutieren. Ich denke, beide Seiten haben gelernt, dass es ein Mehrwert ist, sich zuzuhören. Dass viele zusammen eine bessere Lösung erreichen als einer allein. So stehen jetzt auch beide Koalitionsfraktionen hinter dem Gesetz.

Wie geht es weiter?

Wenn das Schulgesetz durch ist, gibt's endlich wieder Luft für Themen, die fast noch wichtiger sind: Wir brauchen eine veränderte Lehramtsausbildung. Die Lehrpläne müssen entschlackt werden, der Unterricht muss sich ändern – Schule muss „diesseitiger“ werden. Bei all dem wird unser neu formulierter Erziehungs- und Bildungsauftrag im Gesetz helfen, denn er zeigt, was die Schule von morgen braucht. ■

Informationen rund um das neue Schulgesetz:
www.spd-fraktion-sachsen.de/schulgesetz



KAMENZ
Dienstag, 28. Februar, 19 Uhr
Ort: Stadttheater Kamenz, Pulsnitzer Str. 11

CHEMNITZ
Donnerstag, 2. März, 19 Uhr
Ort: Die Kantine, Am Rathaus 2

Informationen rund um die
Küchentischtour:
www.spd-sachsen.de/kuechentisch-tour

IM RICHTIGEN RAHMEN

GUTE POLITISCHE KOMMUNIKATION DANK GUT GESETZTER „FRAMES“

Anfang Februar traf sich der Landesvorstand der SPD Sachsen zu seiner Jahresauftaktklausur in Burgstädt. Neben dem Umgang mit der AfD, war auch der, aus der Kommunikationsforschung bekannte Ansatz des „Politischen Framing“ ein wichtiges Diskussionsthema. Dieser Ansatz besagt, dass Begriffe stets bereits Interpretationen beinhalten. Wörter wie „Flüchtlingsstrom“, „Klimawandel“, „Steuerparadies“ rufen bestimmte Deutungsrahmen, sogenannte Frames, hervor. Sie helfen uns, Sachverhalte einzuordnen und zu begreifen.

In Zeiten von Filterblasen und Fake News werden solche sprachliche Setzungen immer wichtiger, denn sie transportieren Deutungen, die auch das Verhalten der Wähler beeinflussen können.

Die Linguistin Elisabeth Wehling forscht an der University of California in Berkeley und hat sich auf genau solche Deutungsrahmen spezialisiert. In ihrer neusten Publikation „Politisches Framing: Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht“ geht sie auf die Macht der Sprache in der Politik besonders ein.

Den Wahlsieg Donald Trumps hat sie in den USA vorhergesehen, noch bevor manch anderer an einen Triumph des Immobilienmoguls zu denken wagte. Keine andere politische Figur zeigt besser, welche gewichtige Rolle Sprache in einem Wahlkampf spielen kann. Wähler lieben klare Worte, keine Verschachtelung in sinnlosen Worthülsen. Wenn Sachverhalte einfach auf den Punkt

gebracht werden, fühlen sich die meisten angesprochen. Und das können vor allem Populisten besonders gut. Sie wählen klare Worte um ihre Weltansicht zu transportieren.

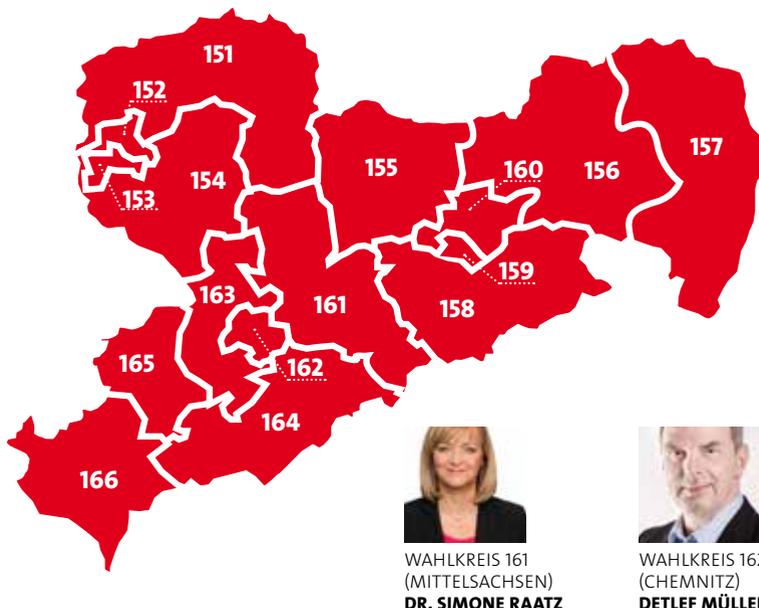
Um dieses Wissen um Deutungsrahmen aber für unsere Strategie von Gerechtigkeit zu nutzen, müssen wir uns davor hüten nicht die Wortgebilde der politischen Gegner zu nutzen, da wir automatisch – wenn auch zumeist unbewusst – bestimmte Deutungsmuster bei den Zuhörenden aktivieren. Wenn wir von einer „Flüchtlingswelle“ oder „Lügenpresse“ sprechen, werden beim Empfänger sofort bedrohliche Bilder zu Flüchtlingen und Medien assoziiert. Auch wenn dann noch so viele gute Gegenbeispiele bringen, der wörtliche rosa Elefant steht dementsprechend trotzdem im Raum.

Sprache ist für Wähler besonders entscheidend. Auf das richtige Framing setzen heißt dann aber nicht, einfach nur bestimmte Schlagwörter, die uns nicht helfen, durch andere zu ersetzen. Es geht darum, das hinter einem Frame stehende Korsett von Annahmen und Werten zu Ende zu denken. Also über Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratie und Anstand zu sprechen, anstatt sich der Sprache von Hetzern und Spaltern anzupassen. Nicht auf Nebelkerzen reinfallen und die richtigen Marker für die eigene Politik finden. Nur wer klare Worte findet, schafft es auch den Wähler für sich zu gewinnen. Wer wissen will, wie das geht, muss Martin Schulz zuhören. ■

MIT VOLLDAMPF IN DEN WAHLKAMPF

Die Nominierung der Direktkandidatinnen und Direktkandidaten unserer sächsischen SPD für die Bundestagswahl ist abgeschlossen. Allen Gewählten herzlichen Glückwunsch und größtmöglichen Erfolg!

Am 11. März erfolgt nun auf der Landeswahlkonferenz in Nossen die Aufstellung der Landesliste der SPD Sachsen zur kommenden Bundestagswahl durch die 80 Delegierten.



ZEIT ZU INVESTIEREN

von Thomas Jurk, Mitglied des Deutschen Bundestages

Als Haushaltspolitiker beschäftigen mich Zahlen. Das kann anstrengend sein, ist aber nie langweilig. Denn jede Zahl ist eine Entscheidung. Und in dieser Wahlperiode haben die Haushälter viele Entscheidungen getroffen; meist mit einer sozialdemokratischen Handschrift. Wir haben nicht nur die im Koalitionsvertrag geplanten Vorhaben mit Mehrausgaben von 23 Milliarden Euro umgesetzt. Erinnern möchte ich dabei unter anderem an 6 Milliarden Euro für Kitas, Schulen und Hochschulen, 5 Milliarden Euro für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur, 3 Milliarden Euro für die Forschung, je 2 Milliarden Euro für die Rentenkasse und die Entwicklungszusammenarbeit sowie eine massive finanzielle Entlastung unserer Kommunen. Dank der guten wirtschaftlichen Entwicklung und niedriger Zinsen konnten wir sogar noch weit darüber hinausgehen. So wurde auf Initiative der SPD ein zusätzliches Investitionsprogramm über 10 Milliarden Euro und ein Investitionsfond für finanzschwache Kommunen beschlossen, der jetzt noch auf 7 Milliarden Euro verdoppelt werden soll. Und nicht vergessen werden darf das der CDU/CSU abgerungene Solidarprojekt: Ab 2017

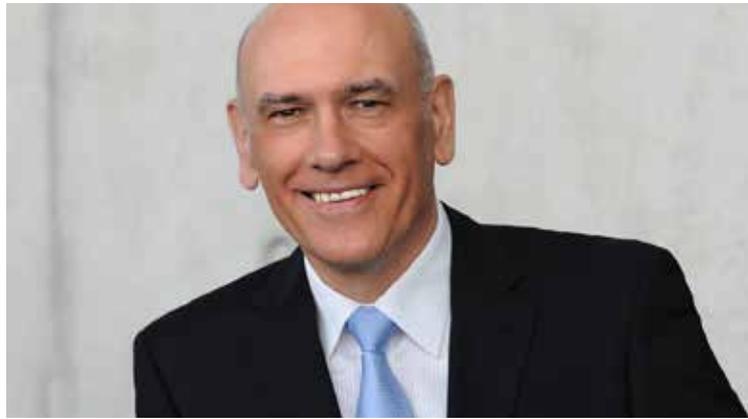


Foto: DBF / Inga Haas

gibt es 5 Milliarden Euro mehr für sozialen Wohnungsbau, soziale Integration, Familien und Langzeitarbeitslose. Das sind wichtige Erfolge, für die sich die SPD stark gemacht hat.

Insgesamt kann der Bund 2017 für Investitionen mehr als 36 Milliarden Euro ausgeben. Im Vergleich zu 2013 sind dies rund 45 Prozent mehr. Wir Sozialdemokraten sind der Ansicht, dass dies noch nicht ausreicht. Deshalb streiten wir mit der CDU/CSU derzeit über die Verwendung der Haushaltsüberschüsse aus dem letzten Jahr. Die Union möchte damit Schulden tilgen, während wir auf mehr Investitionen drängen. Denn Deutschland wird auf Dauer wirtschaftlich nur bestehen, wenn wir jetzt entschlossen in die Zukunft investieren: In einen flächendeckenden Breitbandausbau, gut ausgestattete Bildungs- und Forschungseinrichtungen, bessere Kinderbetreuung und eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Wer hart arbeitet und dazu beiträgt, dass der Staat Überschüsse erwirtschaftet, der erwartet zurecht, dass seine Kinder gute

Schulen vorfinden, er schnell ins Internet kommt und Straßen oder Eisenbahnen im bestmöglichen Zustand sind.

Wenn der Bund mehr Geld ausgibt, steht Sachsen nicht in der letzten Reihe. Als Hauptberichterstatter für den Etat des Bundeswirtschaftsministeriums konnte ich gerade hier wichtige Weichen stellen. So wird der Bund Investitionsfördermittel für die Mikroelektronik in Höhe von einer Milliarde Euro ausgeben. Davon geht voraussichtlich ein hoher Anteil nach Sachsen. Darüber hinaus ist es mir gelungen, dass der Bund die laufende Finanzierung eines neuen Instituts des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt in Dresden übernimmt. Auch der Mittelstand kommt nicht zu kurz: Ich konnte die Bundesmittel für die Einrichtung des Mittelstandkompetenzzentrums in Chemnitz, sowie für den Neubau eines Bildungszentrums des Handwerks mobilisieren. Und nicht zuletzt stellt der Bund dank meiner Initiative 40 Millionen Euro zur Sicherung der industriellen Kerne und zur Weiterentwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur in den Braunkohleregionen, unter anderem der Lausitz zur Verfügung. ■

TERMINE

NOSSEN

Samstag, 11. März, 10 Uhr

Landeswahlkonferenz zur Aufstellung der Landesliste der SPD Sachsen zur Bundestagswahl 2017
Ort: Sachsenhof, Schulstraße 2

DRESDEN

Mittwoch, 8. März, 18 Uhr

Verleihung des 19. Frauenpreises der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Ort: art´otel, Ostra-Allee 33

ARNSDORF

Samstag, 18. März, 10:30 Uhr

Kommunalpolitische Konferenz der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Ort: Schulpavillon Arnsdorf, Stolpener Straße 49

LEIPZIG

Freitag, 31. März bis Samstag, 1. April

Fachkonferenz „Digitale Agenda in den Kommunen“ der Bundes-SGK
Ort: Ramada Hotel, Schongauerstraße 39
Anmeldung unter: www.bundes-sgk.de

AVENARIUS UND KANIEWSKI KANDIDIEREN IN DRESDEN FÜR DEN BUNDESTAG



Auf der Wahlkreis-Konferenz der SPD Dresden am 21. Januar wurden der Oberstaatsanwalt und Vorsitzende der SPD-Fraktion im Dresdner Stadtrat, Christian Avenarius und der Vorsitzende der SPD Dresden, Richard Kaniewski als Direktkandidaten für die Bundestagswahl gewählt. Avenarius, der im südlichen Wahlkreis (159 Dresden I) antritt, setzte sich mit 63,1 Prozent gegen seine Mitbewerberin Karin Luttmann durch. Kaniewski erhielt 91,4 Prozent Zustimmung für seine Kandidatur im nördlichen Wahlkreis (160 Dresden II - Bautzen II). „Es geht bei dieser Wahl nicht nur um Wahlkampf für die SPD. Es geht um den Kampf für die Republik. Wir ziehen geschlossen und optimistisch in die kommenden Monate“ versprach Richard Kaniewski.

RONNY KIENERT KANDIDIERT IM CHEMNITZER UMLAND



Über drei Landkreise erstreckt sich der Bundestagswahlkreis 163 - Chemnitzer Umland - Erzgebirge II. Dementsprechend waren am 19. Januar die SPD-Kreisverbände Mittelsachsen, Zwickau und Erzgebirge in die Wahl des Bundestagskandidaten involviert. Mit Ronny Kienert, wurde mit 92 Prozent der kommunalpolitisch erfahrene Gornauer zum Direktkandidaten gewählt. Kienert nach der Wahl: „Wer (wahl-) kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren.“ Es geht um ein sehr gutes Ergebnis für uns sowohl bei den Erst- als auch den Zweitstimmen. Denn bei dieser Wahl ist alles möglich.“

HERZLICH WILLKOMMEN IN DER SPD, RUDOLF!



Das ist wirklich eine bewegende Geschichte: Da kommt Rudolf Beier mit seinen 93 Jahren in unsere Regionalgeschäftsstelle in Leipzig gelaufen und tritt mir nichts, dir nichts in die SPD ein. Es gab natürlich einen Kaffee und eine nette Unterhaltung. Und warum? Wegen Martin Schulz. „Als ich gesehen habe, dass er als Kanzlerkandidat antritt, hat das mein Interesse geweckt. Er macht einen sehr guten Eindruck, hat viel Charisma und schon im EU-Parlament gute Arbeit geleistet.“ Schön, dass du bei uns bist, Rudolf!

ARBEITSKREIS INNERES DER SPD SACHSEN WIEDER AKTIVIERT



Mit einem Auftakttreffen am 18. Januar im Landtag wurde der Arbeitskreis Inneres auf Einladung des Landtagsabgeordneten Albrecht Pallas wieder aktiviert. Bei dem Auftakttreffen in Dresden diskutierten und positionierten sich die Mitglieder gleich zur aktuellen Sicherheitsdebatte. Dabei mahnten sie im Hinblick auf Gefahren durch Radikalisierung und Terrorismus zu weniger Hysterie. Die Menschen erwarten effektive Maßnahmen zum Schutz vor konkreten Gefahren und keine wohlklingenden aber unwirksamen Placebos.

Der Arbeitskreis steht offen für alle SPD-Mitglieder, die innenpolitisch interessiert sind, besonders, wenn sie mit Sicherheitsaufgaben zu tun haben. Er soll aktuelle und grundsätzliche innenpolitische Impulse in die Partei, aber auch in die Kommunalvertretungen und die Landtagsfraktion geben.

NEUGRÜNDUNG DES ORTSVEREINS KAMENZ UND UMGEBUNG



In der Altertumschänke in Kamenz hat am 12. Januar die Gründungsveranstaltung des neuen SPD-Ortsvereins Kamenz und Umgebung stattgefunden. Zur Vorsitzenden wurde Kathrin Michel gewählt. Stellvertreter ist Andreas Büttner, Kassierer Konrad Skatula. Als Beisitzer wurden Günter Kern und Gerd Ludwig gewählt. Revisorin ist Gabriele Köster. Das Gebiet des neuen Ortsvereins umfasst die Gemeinden Kamenz, Königsbrück, Schwepnitz, Laußnitz, Schöntheichen, Nebelschütz, Räckelwitz, Puschwitz, Crostwitz, Panschwitz-Kuckau und Ralbitz-Rosenthal.

Die ersten Gratulationen übermittelten der Kreisvorsitzende Kevin Stanulla und die SPD-Bundestagskandidatin im Landkreis Bautzen, Dr. Uta Strewe. Grüße der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag übermittelte der Innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Albrecht Pallas, Mdl.

VOLLVERSAMMLUNG DES ARBEITSKREISES CHRISTINNEN UND CHRISTEN IN DER SPD SACHSEN

Am Samstag, 28. Januar fand in Bautzen die Vollversammlung des Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD Sachsen statt. Eröffnet wurde die Veranstaltung in der Gaststätte Burghof durch eine Diskussion zum Thema „In Würde altern...?!“. Anschließend wählte der Arbeitskreis turnusmäßig seine Sprecherinnen. Im Amt bestätigt wurden die Leipzigerin Nicole Wohlfahrt, Manuela Krause aus Borna sowie die SPD Kreisvorsitzenden aus Zwickau und der Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Andreas Weigel und Ralf Wätzig. Abgerundet wurde der Tag durch eine interessante Führung im Stasi-Gefängnis Bautzen II.

SPD ZWICKAU SCHICKT FINANZPOLITIKER MARIO PECHER INS RENNEN



Auf ihrer Wahlkreis-Konferenz am 2. Februar haben die Zwickauer Sozialdemokraten mit großer Mehrheit Mario Pecher als Kandidaten für die Bundestagswahl im Wahlkreis 165 gewählt. In seiner Vorstellungsrede machte Pecher deutlich, dass er seine große politische Erfahrung gern in der Bundespolitik einbringen möchte. Die Schwerpunkte seiner Arbeit sieht er - wie in der Landespolitik auch - im Bereich innere Sicherheit und Finanzen. Mario Pecher möchte zusammen mit den Zwickauer Genossen einen engagierten und kreativen Wahlkampf führen.

ERIC HOLTSCHKE DIREKT-KANDIDAT IM VOGTLAND



Die Mitglieder des SPD-Unterbezirk Vogtland haben am 4. Februar auf der Wahlkonferenz in der Diakonie Reichenbach den Plauener Eric Holtschke zum Direktkandidaten für die Bundestagswahl gewählt. Mit 75,6 Prozent konnte sich Eric Holtschke gegen seinen Mitbewerber Rene Runge aus Auerbach durchsetzen.

Eric Holtschke: „Ich möchte in einen ehrlichen Wahlkampf mit offenem Visier für unser Vogtland eintreten. Es ist an der Zeit, mit den Vogtländerinnen und Vogtländern in einen Dialog auf Augenhöhe zu treten und sich den vielfältigen Problemlagen der Menschen anzunehmen.“

MARKUS BERGFORTH KANDIDIERT IN LEIPZIGER LAND



Mit 100 Prozent Zustimmung wurde auf der Wahlkreis-Konferenz des SPD-Kreisverbandes Leipzig am 13. Februar in Böhlen, der Brandiser Markus Bergforth zum Direktkandidaten im Wahlkreis 154 - Leipzig Land gewählt. Markus Bergforth zeigt sich überwältigt angesichts des großen Vertrauens, das die stimmberechtigten Mitglieder in seine Kandidatur setzen.

IMPRESSUM

Informationen der SPD Sachsen
Könneritzstraße 3, 01067 Dresden
Redaktion: Julian Hoffmann, Natalie Schorr
Satz/Layout: Julian Hoffmann
Bilder: Julian Hoffmann
V.i.S.d.P.: Jens Wittig, Tel.: 0351/433 560
E-Mail: lv-sachsen@spd.de
Redaktionsschluss: 9. Februar 2017